

Bericht Parteitag Die Mitte 60+ Schweiz 12. Sept. 2024 in Freiburg

Neutralitäts-, Sicherheits- und Solidaritätsthemen aktueller denn je

Seit dem kriegerischen Überfall auf die Ukraine haben Themen zur Bedeutung der Neutralität der Schweiz, zur Sicherheit und die Solidarität der Schweiz höchste Aktualität. Am Herbstparteitag der Mitte 60+ Schweiz, der am 12. September im Freiburger Grossratsaal stattgefunden hat, waren sie im Mittelpunkt von drei Referaten und Podiumsdiskussion.

Über sechzig Teilnehmende aus vielen kantonalen Vereinigungen sowie Gäste wie alt Bundesrat Josef Deiss und ehemalige eidgenössische Parlamentarier konnte alt Nationalrätin Ida Glanzmann-Hunkeler als Präsidentin der Mitte 60+ Schweiz im Freiburger Grossratsaal begrüßen. Durch die russische Aggression auf die Ukraine von Ende Februar 2022 traten Fragen zur Neutralität und zur Sicherheitspolitik ins öffentliche Bewusstsein.

Die Neutralität der Schweiz im politischen Spannungsfeld

Zum Auftakt gab Historiker Dr. Marco Jorio in einem längeren historischen Exkurs einen Abriss über die Entwicklung der schweizerischen Neutralität. Schon bald war klar, so ganz einfach war das Neutralitätsverständnis nie und nur der Grundsatz wurde in der Bundesverfassung verankert. In den sogenannten Kompetenzartikeln sei die Wahrung der Neutralität dem Bundesrat und der Bundesversammlung übertragen. Seit dem 17. Jahrhundert habe die Schweiz je nach geopolitischer Lage die Neutralität flexibel und pragmatisch angewendet. Im 20. Jahrhundert pendelte sie zwischen «differenzieller» und «integraler Neutralität».

Nach Ansicht des Referenten sei es «höchste Zeit, dass sich die Schweiz überlege, was Neutralität im 21. Jahrhundert bedeute und wie sie diese zu betreiben gedenke». Diesbezüglich verwies er auf ein Manifest, welches ein siebenköpfiges Komitee Ende Mai 2024 publiziert habe. Diese kann eingesehen und unterzeichnet werden bei <https://suisse-en-europe.ch/neutralität-21/>. Dieses Manifest verlangt von Bundesrat und Parlament eine sicherheits- und aussenpolitische Auslegeordnung sowie die konsequente Ausrichtung der Neutralität auf die Uno-Charta. Die Haager Konvention als Fixpunkt ist endlich zu beerdigen, da das neutralitätsrechtliche Gleichbehandlungsgebot völkerrechtswidrig ist.

Mit Blick auf die sogenannte Neutralitätsinitiative der SVP, welche die Auslegung der Neutralität neu entfachen will, wird eine grundlegende Diskussion mit der Bevölkerung unabdingbar.

Sicherheitspolitik strategisch neu ausrichten

Russland's Angriff auf die Ukraine habe sicherheitspolitisch manches auf den Kopf gestellt, erklärte Botschafterin Pälvi Pulli. Sie ist seit 2018 Chefin Sicherheitspolitik im VBS (Departement für Verteidigung, Bevölkerung und Sport). Strategisch gehe es darum, sich vor allem im Kontext mit Europa und auf die neuen hybriden Gefährdungen wie Cyberangriffe, Terrorismus, gewalttätiger Extremismus und versteckte Desinformationen auszurichten.

Die internationale Zusammenarbeit sei durch Kooperationen vor allem mit europäischen Bündnispartnern in der Nato zu verstärken, allerdings klar ohne militärische Beteiligungen bei kriegerischen Auseinandersetzungen und unter Wahrung der nationalen Neutralität. Betreffend Wiederausfuhr von Kriegsmaterial und die Exportfähigkeit von Rüstungsgütern müsse klar unterschieden werden zwischen Aggressor und Opfer. In all diesen komplexen Themen beteilige sich die Schweiz an Friedenkonferenzen und Treffen mit Nato-Gremien, betonte Botschafterin Pulli. Es gebe bald einen Zusatzbericht zum sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates, welcher angesichts der neu aufgetretenen Gefährdungen die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz verbessern soll.

Solidarität als Beitrag zur Sicherheit

Die Schweiz habe eine lange und bewährte «Tradition der Solidarität und humanitären Hilfe, welche tief in unserer Aussenpolitik verankert ist», betonte Christine Schneeberger unter dem Titel 'Global vernetzt – lokal engagiert' als Vertreterin des DEZA. Als Depositärstaat der Genfer Konventionen übernehme die Schweiz Verantwortung für eine auf Völkerrecht basierende Weltordnung. Sie setze sich weltweit für Frieden und menschliches Wohl ein, was Teil unserer nationalen Identität und ein moralischer Wert, zugleich aber auch von strategischem Interesse für uns sei. Gegenwärtig hat die DEZA 118 Konfliktpräventions- und Friedensprogramme in ihren Partnerländern. Diese tragen dazu bei, dass die Schweiz weltweit als vertrauenswürdige und respektierte Akteurin auftreten kann.

Multilateral engagiere sich die DEZA aktiv in der UNO und ihren Agenturen wie UNICEF, Welternährungsprogramm oder beim Peace Building Fund, um Frieden und Sicherheit, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung weltweit zu fördern. Durch diese Partnerschaften hat die DEZA breitere Wirkung und Einfluss in mehr Ländern als

denen, wo sie selbst vor Ort ist. «Das bedeutet auch wirksame Sicherheitspolitik. Denn Sicherheit ist mehr als Panzer und Kampfjets: sie muss ganzheitlich und langfristig gedacht und umgesetzt werden», betonte Schneeberger. Allfällige Kürzungen der Ressourcen in der Entwicklungsarbeit würden die sicherheitspolitischen Bemühungen der Schweiz untergraben und wären letztlich ein Eigentor für die Sicherheit. Entwicklungszusammenarbeit sei ein Schlüssel zu nachhaltiger Entwicklung und zu mehr Frieden, Sicherheit und Wohlstand – für uns und die Welt, befand Christine Schneeberger.

Spannende Podiumsdiskussion

In der vom Luzerner Kantonsrat Stephan Schärli moderierten Podiumsdiskussion wurden diverse Aussagen der Referenten vertieft. Die Rolle der Schweiz müsse in der heute unsicheren Weltlage strategisch verstärkt und im Einklang mit anderen demokratischen Staaten abgestimmt werden. Es gehe nicht um ein militärisches Verteidigungsbündnis, sondern um Koordination und womöglich gemeinsame Übungen. Auch dürfe die Entwicklungszusammenarbeit angesichts knapper Bundesfinanzen nicht unbedacht vermindert werden.

Die humanitären Werte seien im Dienst und zum Wohl benachteiligten Bevölkerungen zu beachten. Hinsichtlich der SVP-Neutralitätsinitiative müsse - gemäss dem Votum von alt Bundesrat Josef Deiss - allen voran die Mitte-Partei ihre Verantwortung und ihr Engagement rechtzeitig definieren. Dazu müssen auch die Diskussionen mit der Basis geführt werden und der Bundesrat wird aufgefordert, in dieser Frage die Führung zu übernehmen.

Text und Fotos: Alois Hodel, Egolzwil LU



Podiumsdiskussion mit (v.l.) Christine Schneeberger, Dr. Marco Jorio, Pálvi Pulli und Gesprächsleiter Stefan Schärli.



Alt Nationalrätin Ida Glanzmann-Hunkeler begrüsst als Präsident von Die Mitte 60+ Schweiz, rechts Daniel Roubaty, Präsident der Mitte 60+ Freiburg



Alt Bundesrat Dr. Josef Deiss (vorne links) und mehrere ehemalige Nationalräte nahmen am Herbstparteitag von Mitte 60+ Schweiz in Freiburg teil